



Fraktion der
Christlich-Demokratischen Union
im Rat
der Stadt Braunschweig



Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands im
Rat der Stadt
Braunschweig



Änderungsantrag

Öffentlich

Datum

27.11.2014

Nummer

3725/14

Absender		
INTERFRAKTIONELLER ANTRAG Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat		
Oberbürgermeister Markurth Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	27.11.2014	

Betreff	Änderungsantrag zu DS-Nr. 3723/14 Stellungnahme LROP
---------	-------------------------------------------------------------

Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten zu beschließen:

Die Stellungnahme der Stadt Braunschweig wird um einen weiteren Abschnitt mit folgendem Inhalt erweitert:

Zu 3.2.2.05 (12): Satz 12 soll wie folgt neu gefasst werden:

„Die beiden Ölschiefer-Lagerstätten nördlich von Hondelage, Stadt Braunschweig, und Wendhausen, Gemeinde Lehre, Landkreis Helmstedt, sowie zwischen Flechtorf, Gemeinde Lehre, Landkreis Helmstedt, und Schandelah, Gemeinde Cremlingen, Landkreis Wolfenbüttel sind als 'national bedeutsame **Rohstoffreserven**' von Nutzungen frei zu halten, die einen langfristig erforderlichen Abbau **für andere als Energiezwecke** erschweren oder verhindern können.“

„Nur wenn Kohlenwasserstoffe dauerhaft im Boden verbleiben und nicht zur Energiegewinnung genutzt werden, wird es gelingen, den weltweiten CO₂-Ausstoß zu senken. Ein Abbau dieser Rohstoffe widerspricht den Zielen des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Braunschweig, den Klimaschutzzielen des LROP wie unter 1.1.02 formuliert, denen der Energiewende Deutschlands und den Klimaschutzabsichten mehrerer EU-Beschlüsse.

Die Förderung von Energieträgern aus Ölschieferlagerstätten birgt darüber hinaus aufgrund der **derzeitig** eingesetzten Verfahren („Fracking“) erhebliche Gefahren für das Umland.

Die Stadt Braunschweig hat sich neben vielen anderen Stadt- und Gemeinderäten in einer Resolution gegen die Förderung von Kohlenwasserstoffen durch die Risikotechnologie Hydraulic Fracturing ausgesprochen.

Auch die Vollversammlung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig (ZGB) hat eine Resolution verabschiedet, die das Fracking-Verfahren ablehnt.

Daher kommt eine Ausbeutung der Lagerstätten **als Energieträger** nicht in Betracht.“

Jens-W. Schicke Uffmann
Fraktionsvorsitzender

Klaus Wendroth
Fraktionsvorsitzender

Manfred Pesditschek
Fraktionsvorsitzender

Holger Herlitschke
Fraktionsvorsitzender